

Mittwoch 10. Dezember 1930

Die einseitige Komparierung des Wortes 'Kleinanzeigen'...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Dis.-Gef., Depofitent., Jerusalemstr. 65/66.

107 Nazis schützen das Kapital!

Vielsagende Abstimmungen im Reichstag.

In der Reichstags-Sitzung vom Dienstag, dem 9. Dezember 1930, stimmte die nationalsozialistische Fraktion geschlossen gegen folgende Anträge:

- 1. Alle Vermögen über 500 000 Reichsmark werden einer einmaligen Steuer von 20 vom Hundert unterworfen.
2. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 vom Hundert der Ausschüttung unterworfen.
3. Alle Aufsichtsratsentlohnungen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 vom Hundert.
4. Alle Einkommen über 50 000 Reichsmark werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 vom Hundert jährlich belegt.

Infolge der kapitalfreundlichen Haltung der Nationalsozialisten wurden diese Anträge mit 319 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmten nur Sozialdemokraten und Kommunisten.

Am 9. Dezember haben sich die Nationalsozialisten selbst die Maske vom Gesicht gerissen. Sie sind und bleiben entgegen allen ihren Versicherungen und Ankündigungen die Schutztruppe des Kapitals.

Der Kampf um den Film.

Eine Entscheidung von innen- und außenpolitischer Bedeutung.

Der Kampf um den Film 'Am Westen nichts Neues' ist über Nacht zu einer Angelegenheit von weittragender innen- und außenpolitischer Bedeutung geworden.

Ein Verbot würde in der ganzen Welt als ein Sieg des Hatentkämpfers über die Staatsautorität wirken. Seit Tagen sind an beträchtliche Teile der Berliner Schutzmannschaft schwere Anforderungen gestellt worden.

Dieser prinzipielle Sieg ist ja auch das eigentliche Ziel des nationalsozialistischen Vorstoßes. Die ganze Entrüstung ist gemacht; die Lajende, die auf der Straße randolieren, kennen den Film ja gar nicht.

Außenpolitisch gesehen wäre ein Verbot ein entsetzlicher Skandal. Auch in Prag hat ein nationalsozialistischer Pöbel gegen deutsche Tonfilme gewütet, aber dort hat man diese Filme nicht verboten, sondern man hat Ruhe geschafft und spielt sie weiter.

Hindenburg soll Usa schützen!

Ein unverfrorenes Hugenberg-Telegramm.

Die Abgeordneten Dr. Hugenberg und Dr. Oberfohren haben folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg geschickt:

Trotz des Einspruchs des Reichswehrministeriums gegen den Film 'Am Westen nichts Neues', trotz der berechtigten Empörung der gesamten nationalen Bevölkerung werden die Ausführungen des Films unter stärkster Inanspruchnahme der Polizei fortgesetzt.

Ein öffentlicher Skandal ist es, wenn der Herr über Presse und Film, wie Arthur Mahraun den Hugenberg genannt hat, den Reichspräsidenten ansieht, seinen eigenen Filmunternehmungen die Konkurrenz vom Reibe zu halten.

nisse soll der Reichspräsident in den Reklamedienst für die Usa-Kriegsfilme eingespannt werden. Selten ist wohl eindeutiger die Vermischung von Politik und Geschäft an den Tag gelegt worden wie in diesem unglaublichen Telegramm eines Geschäftsmannes an den Präsidenten der Republik, der auf die Verfassung vereidigt ist.

Erklärung der Hugenberg-Film-AG.

Die 'Usa', die Hugenbergsche Konkurrenzfirma für den Vertrieb von Kriegsfilmen, veröffentlichte eine Erklärung, daß sie mit der amerikanischen Gesellschaft Universal Pictures Corporation (Präsident Karl Goemle) nichts zu tun habe.

Hugenbergs Telegramm an Hindenburg erfährt durch diese Erklärung der 'H.-F.-A.' noch eine besondere Beleuchtung. (Siehe auch 3. Seite.)

3762 000 Erwerbslose.

204 000 Arbeitsuchende mehr in der 2. Novemberhälfte.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist die Zahl der Arbeitsuchenden im ganzen Reich vom 15. bis 30. November um 204 000 auf insgesamt 3 762 000 angestiegen. Der Zustrom neuer Erwerbsloser zu den Arbeitsämtern stellte sich also in der Berichtszeit auf 5,7 Proz. In der gleichen Zeit des Vorjahres war der Zustrom mit 14,2 Proz. ganz erheblich stärker.

In der Arbeitslosenversicherung wurden Ende November 1 788 000 und in der Krisenunterstützung 566 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Zunahme in den beiden letzten Novemberwochen beträgt hier 127 000 Personen.

In den überwiegen von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen ist die Zunahme der Erwerbslosigkeit mit 2,3 Proz. verhältnismäßig gering geblieben. Es läßt sich hieraus jedoch noch nicht schließen, daß nun endgültig der Tiefstand der Konjunktur erreicht sei.

Spion und Dolchstoß.

Ein Kronzeuge gegen das Kaiserliche Deutschland.

Man wird Herrn Pierre Desgranges für alle seine Offenheiten nur dankbar sein und aus ihnen lernen können. (Generalleutnant a. D. von Cramon in der 'Deutschen Zeitung'.)

Im Verlag von Grethlein u. Co. in Leipzig ist ein Enthüllungsbuch des französischen Spions Leutnant Desgranges erschienen: 'In geheimer Mission beim Feind in den Jahren 1915 bis 1918.' Dieser französische dunkle Ehrenmann wird in der gesamten nationalistischen Presse Deutschlands als Kronzeuge für den 'Dolchstoß' der Sozialdemokratie geradezu verhimmelt.

Desgranges behauptet, daß die Sozialdemokraten 'Imperialisten' gewesen seien bis zuletzt. Er ärgert sich über die sozialdemokratischen Zeitungen, die noch am Ende des Krieges 'rein imperialistisch' geleitet worden seien.

Wenn die deutschen Nationalisten aber den französischen Spion so ernst nehmen, so haben wir allen Grund, den größten und wichtigsten Teil seines Buches der deutschen Öffentlichkeit bekannt zu geben. Der Spion erzählt nämlich, wie er unter den Decknamen Desgranges und Crozier von Holland aus das offizielle kaiserliche Deutschland genarrt und geprellt hat.

Desgranges-Crozier war großer Kriegsschieber in Holland und verdiente mit Hilfe kaiserlicher Dienststellen in Deutschland Unsummen. Er lieferte Dele und Fette nach Deutschland, um sich dadurch leitende Stellen des kaiserlichen Deutschland geneigt zu machen und legte sie dafür nach Kräften zugunsten Frankreichs hin.

Die deutsche Diplomatie gibt dem französischen Spion den Auftrag, in Paris eine Zeitung zu kaufen. Das deutsche Geld rollt, aber erreicht wird das Gegenteil: die Informationen werden benutzt, um französische Zwecke innerhalb Deutschlands zu fördern.

Wieder mit kaiserlich deutschen Mitteln! Desgranges-Crozier nennt als seine ungewollten Helfershelfer die kaiserliche Postkassette in Holland, insbesondere den Postkassettenträger Gneist, den Sohn eines ehemaligen Zivilgouverneurs des Kaisers. Der Spion wird einmal im deutschen Gesandtschaftsauto von Holland nach Brüssel gefahren.

Manchmal war der französische Spion auch in Deutschland. War er da etwa in sozialdemokratischen Redaktionen oder Gewerkschaftshäusern, um den Dolch zu schleifen? Nein, er berichtet:

'Eines Tages kam ich von der Jagd zwischen Köln und Düsseldorf in Begleitung des Obersten v. S., eines glänzenden Gardeoffiziers. ...'

Auch ein schönes Bildchen, wie der Offizier der kaiserlichen Garde mit dem französischen Kriegsschieber und Spion mitten im Kriege Hasen schießt und über die Gespräche mit dem Kameraden des Generalleutnants von Cramon dann an den französischen Generalstab berichtet.

Das kaiserliche Deutschland gab sich jahrelang alle Mühe, den französischen Spion nach Kräften verdienen zu lassen, und der gab genau acht, damit Deutschland nicht mehr Waren erhielt, als er für seine Spionagetätigkeit unbedingt brauchte. Einen Teil des Geldes, das ihm die kaiserliche Regierung zuschanzte, benutzte dann der Spion Desgranges-Crozier, um junge Belgier aus ihrem



Land herauszuschmuggeln, damit sie in das belgische Meer eintreten und gegen Deutschland kämpfen konnten.

Auch die kaiserliche Marine betätigte sich ahnungslos an diesem Rettungswerk für Belgien und Frankreich. Sie erteilte dem französischen Spion einen bedeutenden Auftrag in Schmiröl und schmierte so kräftig die französische Spionage auf Kosten der deutschen Steuerzahler.

Nicht für, sondern gegen den Dolchstoß zeugt der französische Spion. Er berichtet nämlich, daß der bekannte Großindustrielle Dr. Ehrhardt vom Verein der Eisen- und Stahlindustriellen zugegeben habe, wegen Mangels an Gummi und Schmiröl sei der Kampf für uns zu Ende gewesen. Nach Bulgariens Niederlage habe schon aus Materialmangel festgestanden: „Wir waren besiegt.“

Auch nach dem Krieg stand Desgranges-Crozier nicht etwa mit den deutschen Sozialdemokraten, sondern, durch Vermittlung des deutschen Generalkonsuls in Amsterdam, mit großen deutschen Industrieführern in Verbindung, so mit Geheimrat Dr. Duisberg und anderen deutschen Chemieherren.

Man hat die Wahl: Entweder ist Crozier-Desgranges ein Aufschneider und Schwäger, der einen phantastischen Spionageroman verfälscht, dann sind die Nationalisten Deutschlands bloßgestellt, weil sie auf die Detektivgeschichten herein gefallen sind.

Oder man nimmt den französischen Spion und seine Berichte ernst. Dann sind diese Enthüllungen eine ungeheure Blamage des kaiserlichen Deutschlands, ein wertvolles Zeugnis für die Unfähigkeit und die Leichtfertigkeit, die uns militärisch und zivil regierte und ruinierte.

Auf jeden Fall aber gehört ein Gipfel von Unwahrhaftigkeit dazu, dieses Buch im Kampfe gegen die Sozialdemokratie benutzen zu wollen.

## Student und Politik.

### Severing und Grimme vor der Sozialistischen Studentenschaft.

Vor der sozialistischen Studentenschaft sprach Staatsminister Severing über „Student und Politik“. Der Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates war überfüllt. Ein weiterer Saal mußte zu einer Parallelsammlung geöffnet werden.

Da Genosse Severing durch die Abstimmungen noch im Reichstag festgehalten war, sprach zunächst Genosse Dr. Grimme, Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, mit jubelndem Dank begrüßt: „Die Reichsverfassung von Weimar schuf den neuen Staatsbürger der Verantwortung und der Freiheit. Verantwortung ist nicht nur das Ergebnis eines Auftrags, sondern Zwang des eigenen Gewissens. Demokratie ist Wille zur Verantwortung. Diktatur ist Flucht vor der Verantwortung. Der Student ist berufen, an der Seite des kämpfenden Proletariats zu stehen. Es widerspricht der akademischen Würde, der nationalen Würde und der Menschwürde, wenn Studenten randalierend einen ehrwürdigen Professor aus fehlender Vorurteilslosigkeit heraus bedrängen und bedrohen. Die Vorurteilslosigkeit ist durch hohle Phrasen verloren gegangen.“

Nachdem Minister Severing erschienen war, nahm er unter Beifall das Wort:

„Die bürgerlichen Parteien leugnen den Klassenkampf, aber in der Praxis üben sie ihn. Prüfen Sie nur das Verhalten der Wirtschaftspartei, des Reichslandbundes und der Volkspartei! In dem Laster, wider seinen Nächsten falsche Zeugnisse zu reden, verdienen die Nationalsozialisten die Rolle la. Folgen wir ihnen, so fallen wir las in finstere Mittelalter zurück. Toleranz ist ihnen ein unübersehbares Fremdwort. Vor junge Menschen bei der wirtschaftlichen, geographischen und machtpolitischen Lage Deutschlands heute verführen will, ihre Hoffnung auf einen neuen Krieg zu setzen, ist entweder ein Narr oder ein Verbrecher. (Stürmische Zustimmung.) Wir wollen ohne Blutergüssen das Unrecht der Friedensverträge gutmachen und so die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern wieder herstellen. Kein Sozialdemokrat hätte jemals wie Hitler Südtirol preisgegeben. Eine Minderheit, wie sie die Sozialisten heute noch an den Unübersichtlichen darstellen, ist stark durch Willen und Bekennermut. Bekämpfen Sie den Unverstand, dann werden dereinst auch Deutschlands Hochschulen dem Sozialismus gewonnen sein.“

Die Ausführungen der beiden Minister fanden immer wiederholten Beifall. In einem zweiten Saal wurde eine Parallelsammlung abgehalten.

## Pilsudskis Sejm eröffnet.

### Ein Werkzeug der Obersten-Regierung.

Warschau, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Dienstagmittag um 12 Uhr wurde der neue polnische Sejm eröffnet. Ministerpräsident Slawek verlas zu Beginn eine kurze Botschaft des Staatspräsidenten. Alle Parteien des demokratischen Linksblocks, sowie die nationalen Minderheiten betreten den Sitzungssaal erst nach der Verlesung der Erklärung. Kommunisten, die während der Verlesung Zwischenrufe machten, wurden auf Befehl des Innenministers Sklabowski mit Gewalt aus dem Saale geschleppt.

Sejmarschall wurde mit den Stimmen des Regierungsblocks der frühere Ministerpräsident Swiatkoff.

Die Abgeordneten der Linken schrieben demonstrativ auf ihre Stimmzettel das Wort Brest-Litowsk.

Swiatkoff übernahm sein Amt erst nach der Einholung der Zustimmung des Staatspräsidenten, dem er erklärte, daß er sein Amt sofort niederlegen werde, wenn er nicht mehr das Vertrauen des Staatsoberhauptes besitze.

In seiner Ansprache erklärte Swiatkoff, daß er das Immunitätsrecht der Abgeordneten nicht mehr anerkennen werde. Er werde ferner die Tagesordnung nur in Übereinstimmung mit der Regierung festsetzen. Ueberhaupt ging aus der Rede Swiatkoffs hervor, daß er das polnische Parlament nur als gesetzgebendes Werkzeug der Regierung und Pilsudskis zu behandeln beabsichtige.

Der ungarische Außenminister Ballo ist zurückgetreten und durch den „Kronhüter“ Graf Julius Karolyi ersetzt worden.

# Die Pensionsfürzung.

## Erste Beratung im Reichstag.

Der Reichstag ist am gestrigen Dienstagmorgen wieder zusammengetreten. Die Abspernung der Umgebung war gemindert, die Straßenbahn durfte wieder am Reichstagsgebäude halten.

Zu den namentlichen Abstimmungen vom Sonnabend teilen einige Abgeordnete schriftlich mit, daß sie infolge der Veränderung der Sitzplätze irrtümlich Stimmtasten anderer Abgeordneter abgegeben haben. Das Ergebnis der Abstimmung wird aber dadurch nicht verändert.

Zum Pensionsfürzungsgesetz spricht

Abg. Rosmann (Soz.):

Wenn es nach dem Willen meiner Fraktion gegangen wäre, dann hätte man die unerfreulichen Zustände auf diesem Gebiet schon längst abgeschafft. Seit der Staatsumwälzung haben die Reichsparteien nicht aufgehört, zu behaupten, die Republikaner und besonders die Sozialdemokraten drängten sich an die Futtertrippe des Staates, um hohe Gehälter zu erlangen. (Sehr richtig! rechts.) Es sind schon eine große Anzahl Beamter republikanischer Gesinnung durch den Terror der Reichsparteien vorzeitig pensioniert worden. (Lachen rechts.) Dem Spektakel aber wird jeden Morgen eingeredet, die roten stellen das Hauptkontingent der Großpensionäre. (Höhnische Zustimmung rechts.) Der „Börsliche Beobachter“ (Händeklatschen der Reiz.) vom 24. Dezember 1929 brachte einen Artikel: „Die Partei der pensionierten Bonzen“. Darin waren allgemeine Beschuldigungen erhoben, in neun Fällen waren die Namen nicht genannt, 2. daß jede Kontrolle unmöglich war. Von weiteren 21, die dort angeführt sind, beziehen 14 überhaupt keine Pension und haben nie eine bezogen. (Hört! hört! links.)

Der Artikel nennt zwei Sozialdemokraten als Staatsminister, die niemals Staatsminister gewesen sind und niemals eine Pension bezogen haben. (Hört! hört! links.) Der eine der beiden ist heute noch aktiver Beamter, der andere ist seit zwei Jahren tot, wird aber trotzdem als Missetäter dieses Hauses und als roter Pensionsbezieher aufgeführt!

Die ganze Sache entpuppt sich demnach als nationalsozialistischer Gespensterputz. Selbst Reichstagspräsident Loh wird als Pensionsempfänger genannt, dabei bezieht der Reichstagspräsident weder Gehalt noch Pension. (Loh: Hört! hört! links und in der Mitte. — Zurufe der Reiz.: Barnat.)

Im Reichstagshandbuch steht auch der Wahlauftrag der NSDAP. (Stürmischer Beifall und Rufe rechts.) Dieser Wahlauftrag enthält nicht weniger als 106 grobe Schimpfwörter gegen die sogenannten Verbündetenparteien, zu denen nicht nur wir und die Kommunisten, sondern auch das Zentrum und die Demokraten gerechnet werden. (Händeklatschen der Reiz.) Ungefähr vierzigmal sind die Worte „Lügner und Betrüger“ wiederholt. Ein Flugblatt der NSDAP, verantwortlich gezeichnet von dem Abgeordneten Dreher, behauptet, daß das Volk an 126 Beamte, die zugleich Reichstagsmitglieder seien, 1. das laufende Beamtengeld, 2. die Reichstagsdiäten, 3. die Entschädigung für Ausschusssitzungen, 4. das Gehalt für Erfragestellung zahle.

In diesem Reichstag sind nicht weniger als 35 Beamte als nationalsozialistische Abgeordnete!

(Stürmische Hört! Hört! links und in der Mitte. — Gegenrufe der Reiz.: Das sind richtige Beamte, keine Bonzen.) Das sind 33 Proz. der ganzen nationalsozialistischen Fraktion. Sie haben also gar kein Recht, anderen Parteien Vorwürfe darüber zu machen. (Zustimmung links. — Geschrei rechts. — Präsident Loh mahnt den Abg. Dreher zur Ruhe.) Es ist ganz klar, daß die Feststellung solcher Tatsachen Ihnen, die draußen mit solchen Verleumdungen arbeiten, höchst un bequem ist!

Ihr Wahlauftrag paßt am besten auf Sie selbst. (Geschrei: Wieder mit der Hungerregierung, wieder mit der Kapitalregierung. — Witzvolle Heiterkeit im ganzen Hause.) Auf Drängen unserer Fraktion hat der Reichstag wiederholt Befehle auf Pensionsfürzung mit einfacher Mehrheit verabschiedet. Aber die erforderliche qualifizierte Mehrheit ist immer von den Parteien verhindert worden, die draußen mit der Pensionsfrage die schlimmste Hehe betreiben. Am 23. Oktober 1923 ist auf unseren Antrag das erste Pensionsfürzungsgesetz geschaffen worden, das aber kaum zwei Jahre darauf unter dem deutschnationalen Finanzminister Schlieben wieder beseitigt worden ist. Immer wieder will man die Sozialdemokraten in bezug auf Gehalt und Pensionen als Staatsbürger mildernden Rechtes hinstellen. Daß Sozialdemokraten auf gesetzmäßige Beamtenebezüge verzichten sollen, verbietet ihnen die Selbstachtung, um so mehr, als

die Feinde der Republik sich gar kein Gewissen daraus machen, von der Republik Gehälter und Pensionen zu beziehen, obwohl sie die Republik zu befeindigen trachten.

(Rufe rechts: Aus Steuergebern!) Zur Klärung der Schlammschlut des Hauses ist auf unser Betreiben am 18. November 1926 von der Reichsregierung die Denkschrift über die Pensionsempfänger vorgelegt worden. Gut die Hälfte der dort aufgeführten Minister und Staatssekretäre stammen aus der Zeit der Monarchie. 1800 Generale und Admirale sowie kaiserliche Prinzen bekommen bis zu 19 000 M. im Jahr. Darunter findet man auch den ganzen Kreis preussischer Offiziere, an der Spitze jenen Herrn von Pölsow, den unser heutiger Kollege von Seekt, damals Chef der Heeresleitung, in einem Rundtelegramm vom November 1923 der Reiterei und des bewaffneten Aufstandes gegen das Reich beschuldigt hat. (Rufe rechts: Habt Ihr selber gemacht!)

Wir verlangen schmerzliche Ergänzung dieser Denkschrift und ihre Ausdehnung auf die Länder und Gemeinden. Wir haben auf diesem Gebiet keine Feststellung zu fürchten.

(Beifall der Soz.) Der Haushalt 1930 enthält auch die Pensionen für 55 000 Offiziere der alten Armee, die sich nicht im geringsten daran stoßen, sich mit 181 Millionen Mark im Jahr von der Republik befürsorgen zu lassen. (Wütendes Geschrei rechts.) So gerecht und gesetzmäßig die Republik hier handelt, so hat sich die preussische Monarchie 1866 gegen die hannoverschen Offiziere nicht verhalten, die rücksichtslos entlassen wurden. (Geschrei rechts.)

Von den rund 2 Milliarden Pensionslasten der Länder, Gemeinden, der Reichspost und der Reichsbahn beziehen Sozialdemokraten noch nicht den Bruchteil eines Zehntausendstel. Gewiß sind diese Lasten nicht zuletzt auf den Krieg zurückzuführen, der zahlreiche Beamte vorzeitig pensioniert machte, und der die Zwangspensionierung der Offiziere zur Folge hatte. Auch der Verlust deutscher Gebiete mit ihren Beamtenstellen und der große Beamtenabbau haben diese Last vergrößert. Trotz all dieser Tatsachen behauptet der Wahlauftrag der NSDAP:

„Die Beendigung des Krieges sah ein Deutschland, das an innerem Reichtum nichts verloren hat; von 1918 an hat die Republik die angesammelten Reserven und Guthaben unseres Nationalvermögens verstreut und verflüssigt.“

(Entrüstungsrufe links. — Händeklatschen der Reiz.) Zwei Millionen deutsche Männer, die als Opfer gefallen sind, das durch den Krieg zerstörte Glück der Witwen, Waisen und Eltern — das alles rechnet bei Ihnen nicht! Diese Demagogie verdient auch mal in diesem Hause eine ganz gehörige Beantwortung. (Lachen rechts.) Rechtlich gesehen ist die Vorlage eine ausgezeichnete Arbeit, gegen ihren Inhalt haben wir manches einzuwenden. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, die wirklich wohlverdienenden

Pensionsansprüche der großen Masse der Beamten irgendwie anzulasten. Es sollen auch nur die Großpensionen und Doppelverdienste in dieser Zeit größter Massennot getroffen werden.

Der finanzielle Erfolg wird nicht sehr bedeutend sein, aber es kommt auf die psychologische Wirkung an, denn die Erregung über diese Zustände ist sehr groß.

Wenn der Entwurf den Versuch macht, eine scharfe Grenze zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Mitteln zu ziehen, so ist zu sagen, daß nur der Umweg über die Steuerkasse diesen Unterschied ausmacht, denn es gibt nur Mittel aus der Volkswirtschaft. Das Volk aber, das unendliche Opfer bringen muß, um die Arbeitslosen, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten usw. zu erhalten, verträgt es nicht mehr, daß große Pensionen und Bariegegelber ungezügelt weitergezahlt werden sollen. Die kleinen und mittleren Pensionsempfänger werden durch die Neuregelung kaum betroffen werden. Die Grenze von 6000 M. für das nicht anzurechnende Arbeitseinkommen von Pensionären ist fernerzeit nur genommen worden, weil sonst der Widerstand eines großen Teiles dieses Hauses gegen die Pensionsfürzung überhaupt nicht überwunden werden konnte. Da sich aber die Not des Volkes inzwischen so verschärft hat, erscheint uns diese Grenze viel zu hoch. Nach der Vorlage würde übrigens jemand mit 26 000 M. Arbeitseinkommen noch immer 10 000 M. Pension beziehen können; erst bei 46 000 M. Einkommen würde das aufgehören. Darin muß natürlich eine Änderung eintreten. Vor allem müssen die Hilflosen und Kriegsbeschädigten gesont werden. Ganz untragbar ist für uns die vom Reichsrat beschlossene Begrenzung des Gesetzes bis zum 31. März 1935.

Wir fordern eine Höchstgrenze für Pensionen.

In Preußen und Sachsen bestand sie schon vor dem Kriege, ebenso in Württemberg, wo die Höchstpension 8000 M. war. Was in dem reichen Deutschland von damals möglich war, kann in dem verarmten Deutschland, das den Krieg verloren hat, nicht weiterbestehen. (Sehr wahr! links.)

Der Sozialismus will nicht eine Gleichmacherei, er hält qualifizierte Arbeit für durchaus notwendig, und um sie zu gewinnen, muß man sie auch angemessen entlohnen. Wir wollen, daß alle schaffenden Menschen aus ihrer Arbeit ein menschenwürdiges Dasein führen können. Da Millionen heute darauf leider verzichten müssen, können nicht Gehälter und Pensionen eine über große Höhe erreichen. In diesem Sinne werden wir im Ausschuß an der Verbesserung der Vorlage arbeiten. (Beifall und Händeklatschen der Soz.)

Abg. Sprenger (Reiz.) — begrüßt von den Kommunisten mit dem Ruf: Ist das einer von den 35 Pensionären? — beginnt mit einer historischen Einleitung: Vor hundert Jahren... (allgemeine Heiterkeit) gab es Pensionen nach der Leistung. Der Berrat von 1918, keine Revolution, sondern eine Schiebung im Interesse der Parteibonzen (Händeklatschen der Reiz.) hat das geändert. Bei uns gibt es zwar zwölf höhere Beamte, aber in der sozialdemokratischen Fraktion zwanzig Beamte ohne Berufsausbildung, und achtzehn Parteibeamte, die auf Grund ihres Parteibuches die Gelder ihrer Mitglieder verzehren. Die Sozialdemokraten haben die „wohlerworbenen Rechte“ unter Verfassungbruch durch den Beamtenabbau mit Füßen getreten (Beifall rechts) und entgegen der Verfassungsbestimmung, daß alle Staatsbürger nach Maßgabe ihrer Kräfte zu den Lasten des Staates herangezogen werden, einseitig die Reichspost und den Gehaltsabbau der Beamten unterstützt. Die Sozialdemokraten haben in die gesunde Beamtenschaft erst die Korruption hineingetragen. (Zuruf links: Unerschämtheit! — Bizepräsident Loh: überhört ständig die Schimpfereien seines Parteigenossen.) Der Strohalm der Gehalts- und Pensionsfürzung rettet nicht die strickenden Finanzen. (Zuruf links: Futterneid!) Ich habe keinen Anstoß zum Futtern, denn ich habe in pflichtmäßiger aufopfernder Arbeit im Staatsdienst auf legitimen Wege meine Pensionsansprüche erworben. (Große Heiterkeit links. — Händeklatschen rechts.) Die Beamten werden zu Tausenden in unsere Partei geben, und wir werden dafür sorgen, daß die Disziplinarverfahren der preussischen Diktatur niemals aufgehört werden.

Abg. Caverenz (Dnat.): Der Gesetzentwurf ist ein typisches Kind des Marxismus. (Heiterkeit links.) Dafür zeugen die immer wiederholten Angriffe gegen die alten Disziplinierten, die treu gehandelt haben, ihre Steuern zahlen und auch das Recht in Anspruch nehmen, ihre freie Meinung zu äußern. Sie (nach links) haben ja die unerfreulichen Zustände der Gegenwart mit geschaffen, das heißt Tausende von Offizieren und Beamten aus ihrer Laufbahn herausgerissen. Der Redner verliest dann eine sehr lange Erklärung gegen das Gesetz, die sich auf Verfassungsbestimmungen und wohlverworbene Rechte beruft. Arbeitsfreudigkeit und Arbeitswille werden unter Strafe gestellt. Treue und Glauben und die Eigentumsrechte werden bedroht. Die Strafbestimmungen über völligen Entzug der Bariegegelber und Ruhegehälter sind so ungeheuerlich, daß sie nur den Terrormaßnahmen der preussischen Regierung gegen Teufelnehmer am Freiheitsbegehren zu vergleichen sind.

Abg. Torgler (Komm.) will sich nicht in den „häuslichen Streit“ zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten einmischen. Mein Parteifreund Dr. Neubauer bezieht 400 M. Bariegegelb, von dem er nicht die Ruheliegung hat. Ihr Minister Fried hat die wohlverworbene Rechte Neubauers so geachtet, daß er ihm die Entziehung des Betrages wegen seiner politischen Tätigkeit androht. (Loh: Hört! hört! links.) Sämtliche kommunistischen Gemeindepfleger sind von Fried und Severing in Thüringen und Preußen abgesetzt worden, auch die Berufsbeamten unter ihnen. So treten Sie die Rechte der Beamten mit Füßen. (Geschrei der Kommunisten. — Abg. Dr. Neubauer erhält einen Ordnungsruf.) Die Rede des Abg. Sprenger ist ebenso vorfichtig, wie die des Abg. Feder von voriger Woche. (Widerspruch rechts.)

Torgler verliest unter dem Loben der Nazis einen Brief des Jätscher „Gru“ an einen dortigen Papierfabrikanten, der „mit freudigem Gru“ gezeichnet ist.

(Die Kommunisten stehen auf und rufen mit Hochstimmgruß „Teu deutsch allenwege“. — Rufe rechts.) Die kaiserlichen Großpensionäre fallen überhaupt nicht unter die Kürzungen. Der Redner schließt mit Zitaten aus einer Liste von Empfängern von Kleingehältern und -pensionen, darunter Adenauer, Jarres, von Epp, General Viehmann usw.

Abg. Dr. Krone (Z.): Mein Parteifreund Adenauer hat nicht das hohe Gehalt, das ihm nachgesagt wird. (Widerspruch links.) Wir begrüßen die Vorlage. Die Rede des Abg. Sprenger war nicht falsch noch falsch.

Abg. Morath (D. Sp.): Wir lehnen das Pensionsfürzungsgesetz ab, weil es das Berufsbeamtentum zerstört. Der Redner zitiert einen

Protest der Reichsgerichtsstraße gegen jede Anlösung des Beamtentums:

dieses schließt auch die Pension ein. Immer gehe es nur gegen den schwächsten Widerstand, die anderen Doppelverdienster solle man nicht an, nur die Pensionäre. Wir hoffen, daß die Zweidrittelmehrheit nicht zustande kommt.

Abg. Raub-München (Bayer. Sp.) ist zwar grundsätzlich für



das Gesetz, hält aber schärfste Prüfung für erforderlich und das Zustandekommen der Zweidrittelmehrheit für höchst unwahrscheinlich.

### Abstimmungen.

Die Debatte wird abgebrochen, es folgen die zurückgestellten Abstimmungen über Änderungsanträge zur Rotverordnung vom Juli. Kommunistische Anträge werden in namentlicher Abstimmung mit 294 gegen 202, bzw. 454 gegen 67 und 319 gegen 197 Stimmen abgelehnt, desgleichen die Anträge der Linken zur Arbeitslosenversicherung mit 354 gegen 182 bzw. mit 350 gegen 160 Stimmen. Ebenso werden die von der neuen Rotverordnung noch nicht be-

rücksichtigten Verbesserungsanträge zur Krankenversicherung, zum Steuerwesen usw. abgelehnt. Eine große Anzahl weiterer Anträge werden den Ausschüssen überwiesen, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Fragen der Landwirtschaft wird einstimmig beschlossen. Gegen das Verlangen des Abg. Fried (Ratsoz.) wird sein Antrag auf Amnestierung der bäuerlichen Steuerstreifer nicht sofort erledigt, sondern dem Rechtsausschuss überwiesen. Einstimmig wird die Revision aufgefördert, bis zur Aufhebung der Mineralwassersteuer Rückstafas und Fruchtzucker nicht unter die Mineralwassersteuer zu bringen, sowie die Tabaksteuerzeichen in einem solchen Maß auszugeben, daß der Absch und das Gewerbe nicht geschädigt werden.

## Politische Geschäftsordnungsdebatte.

In der 20. Stunde wird die Beratung abgebrochen. Der Präsident schlägt für die Sitzung am Mittwoch, 15 Uhr, eine lange Tagesordnung vor. Darüber entspinnt sich eine ausgiebige Debatte, zu deren Beginn der Reichstanzler seinen Platz einnimmt.

Abg. Dr. Fried (Ratsoz.) verlangt, daß am Mittwoch die Außenpolitik beraten werde.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dnat.) stellt den gleichen Antrag und spricht dabei höhnisch und zur Entrüstung der Linken von „Ihrer Weimarer Verfassung“, die den Reichstag als Träger der Volkssouveränität bestimme; der Hinweis des Außenministers, daß er im Reichstag über die Außenpolitik gesprochen habe, genügt nicht.

Abg. Stöcker (Komm.) verlangt gleichfalls die außenpolitische Debatte, schon um die Entwicklung der Nazi-Partei zu einer kapitalistischen Erfüllungspartei darzutun.

Abg. Mülla (Z.): Niemand kann mehr als wir mit den Opfern des Boloterrors fühlen. Ich habe ihre Verzweiflungsschreie gehört, ich habe die Mißhandlungen gesehen. Im Interesse der Aktion der Reichsregierung und des Präsidenten Calonder (andauernde Hohnrufe rechts) —

lesen Sie froh, daß Calonder Präsident des oberrheinischen Oberlandes ist; er hat jetzt, was um allerersten Male vorgekommen ist, sich direkt beschwerdeführend an den Rat gewandt!

— halten wir aber eine Reichstagsdebatte im jetzigen Zeitpunkt für ungeeignet, zumal man ihrem Verlauf und Ergebnis nach dem, was hier schon vorgegangen ist, nicht ohne Besorgnis entgegensehen muß. (Zustimmung links und in der Mitte, großes Geschrei rechts. — Präsident Lössle mahnt dringend zur Ruhe.)

Abg. Dr. Kleiner (Dnat.) behauptet im Gegensatz zum Redner, die deutschen Ostoberschlesier verlangten die außenpolitische Debatte.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) beantragt außerdem, den Antrag seiner Fraktion auf Einstellung der Reichspolizeikommissionen an Preußen auf die Tagesordnung zu stellen; nach der Rede Dingeldeys müsse die Deutsche Volkspartei diesen Protest gegen die Wirtschaft in Preußen mitmachen.

Abg. Jaddach (Komm.) hält den schmetternden Tiraden Kleiners entgegen, daß Kleiner damals, als der Abwehrkampf gegen die polnischen Insurgenten geführt wurde, sich hinten in der Etappe herumgetrieben habe.

Jetzt wolle man schon wieder einen nationalistischen Selbstschuß aufziehen.

Wir fordern die Debatte, um die deutschen und die polnischen Arbeiter darüber aufzuklären, daß sie sich nicht von den Ausbeutern gegeneinandersehen lassen dürfen. (Geschrei rechts, handeltatschen der Komm.)

Nachdem Abg. Mülla (Z.) nochmals seine Warnung wiederholt hatte, spricht

### Abg. Dr. Breiffeld (Soz.):

Herr Kleiner hat von der Kolonialpolitik gesprochen, eine einheitliche nationalsozialistische Rundgebung zugunsten der deutschen Minderheit in

Ostoberschlesien zu veranstalten. Nach der Probe, die uns diese Geschäftsordnungsdebatte geboten hat, scheint eine solche einheitliche Rundgebung kaum zustande zu kommen. Diese Tatsache hat uns in der Meinung bestärkt, daß

eine außenpolitische Debatte in diesem Augenblick weder im Interesse der deutschen Minderheit, noch im Interesse des deutschen Landes gelegen

ist. Einzig und allein aus diesem Grunde werden wir die Anträge der Rechten ablehnen. Herr v. Freytag-Loringhoven hat sich auf die Verfassung berufen, die eine solche Debatte fordere; er hat dabei mit verächtlichem Ton von der Verfassung gesprochen, die nicht die seine ist. Ich erinnere ihn daran, daß es die Verfassung ist, die er beschworen hat. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte, Gebrüll rechts.)

Abg. Lecht (Bayer. Vp.): Der Auftakt zu der beantragten sachlichen Debatte über die Außenpolitik in der heutigen Aussprache zur Geschäftsordnung bestimmt uns, den Antrag der Nationalsozialisten und Deutschenationalen abzulehnen. (Lärm und Heiterkeit rechts.)

Abg. Dr. Kleiner (Dnat.): Herr Abg. Jaddach und lieber Landsmann (Heiterkeit links.) Ich war Hauptschriftleiter der „Ostdeutschen Morgenpost“ in Oppeln und Mitkämpfer am Annaberg. Wer mir Drückerbergerei vorwirft, ist ein Verleumder. (Präsident Lössle fragt den Redner, ob er den Ausdruck Verleumder bestimmten Abgeordneten zugedacht hat.) Ich meine damit die zwei Abgeordneten, die mich verleumdet haben. (Ordnungsruf.) Ich danke. (Zweiter Ordnungsruf.) Ich habe dem Abg. Mülla vorzumischen, daß er die Privatinteressen der Regierung vor die des ober-schlesischen Volkes stellt. (Gebrüll und andauernde Pöbel-Rufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Abg. Jaddach (Komm.): Ob an oder hinter der Front, Herr Kleiner war nicht in seinem Wohnort. (Gebrüll, Lärm und Pöbel-Rufe rechts.) Wo waren Sie bei der Erschießung kommunistischer Arbeiter durch deutschen Selbstschuß und Ententruppen? (Geschrei rechts, Beifall links.)

Abg. Mülla (Z.): Ich habe den Wunsch, daß die ober-schlesischen Frage und erklärt, daß jetzt eine außenpolitische Debatte den Ostoberschlesiern nichts nützt.

Abg. Dingeldey (D. Vp.) erkennt den Wert einer einheitlichen nationalen Rundgebung für die deutsche Minderheit an, glaubt aber nicht, daß in diesem Parlament der Uneinigkeit eine solche Rundgebung möglich ist.

Abg. Brückner (Ratsoz.): Wenn auch die Kommunisten die nationale Einheitsfront zerbrechen werden (Geschrei links), so wäre es Pflicht des Präsidenten dieses sogenannten hohen Hauses (Ordnungsruf), selbst eine solche nationale Rundgebung zu veranstalten.

Die Abstimmung über die Tagesordnung ergibt die Ablehnung aller Änderungsanträge zum Vorstoß des Präsidenten. — Schluß 20 1/2 Uhr.

## Der Terror im Westen.

Das Halakrenzgefolge lärm auf den Straßen.

Die Nationalsozialisten veranstalteten am Dienstagabend wieder ihre Demonstrationen gegen die Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“. Dabei kam es von den frühen Abendstunden an bis nach Mitternacht im Berliner Westen wiederum zu schweren Störungen der öffentlichen Ordnung. Zu der um 9 Uhr abends angelegten Kundgebung auf dem Wittenbergplatz rückten die einzelnen Sturmabteilungen in geschlossenen Gruppen an. Soweit diese Gruppen auf den einzelnen Hochbahnhöfen aufstellung nahmen, kam es schon hier zu lärmenden Aufrufen. Das Verkehspersonal erwiderte sich gegenüber den randalierenden Horden als machtlos. Die auf dem Bahnhof Gleisdreieck in die Höhe steigenden Nationalsozialisten forderten das Publikum auf, in den Ruf „Heil Hitler“ einzustimmen. Wer sich von den Fahrgästen weigerte, mitzurufen, wurde bedroht und angepöbelt.

Den amarschierenden Kolonnen der Nationalsozialisten gelang es nicht, den Rollendorferplatz zu erreichen. Dieser Platz war im weitesten Umkreis über die Eichenauer und Augustburger Straße hin von starken Polizeikräften abgesperrt. Außerdem war eine neue Motorspritze der Feuerwehr in Aufstellung gebracht worden. Rur Passanten, die sich als Bewohner der anliegenden Häuser ausweisen konnten, wurden durchgelassen, ebenso die Besucher von Theaterarten für die Filmaufführung. So konnte auch heute abend die Vorstellung des Marquise-Films reibungslos durchgeführt werden. Der Publikumsandrang zur letzten Vorstellung war besonders groß.

Unterdessen hatte sich der Wittenbergplatz dicht mit Menschen gefüllt. Um eine Kriegsstandarte des alten kaiserlichen Reiches sammelten sich die Demonstranten, die durch große Massen sensationellster Neugieriger verstärkt wurden, so daß ein Weiterkommen auf dem Wittenbergplatz nur schwer möglich war. Trotzdem wurde sowohl der U-Bahn- wie der Straßenbahnverkehr aufrechterhalten.

Während dieser Annäherungen gestik fortgesetzt die „Erwache“-Schreie der Nationalsozialisten über den im tiefen Dunkel liegenden Wittenbergplatz. Ebenso wurde ununterbrochen die „Wacht am Rhein“ und das Deutschlandlied gesungen.

Kurz vor 10 Uhr erschien Goebbels, der von der noch weiter angewachsenen Menge mit frenetischem Heilgebrüll empfangen wurde. Von seinem Mercedeswagen aus hielt er eine seiner blutrünstigen Ansprachen. Die aufgepeitschten Anhänger der Nationalsozialisten, die ihre Rufe immer weiter erschallen ließen, wollten zunächst den Wittenbergplatz nicht räumen. Zwei eingetroffene Feuerwehrgewagen wurden von den tobenden Horden umringt und konnten sich nur mit vieler Mühe einen Weg durch die Eislebener Straße bahnen, wobei die Nationalsozialisten Miene machten, die Feuerwehrgewagen zu stürmen und die Mannschaften zu verprügeln. Die Polizei, die auch am Wittenbergplatz mit mehreren Hundertschaften und zahlreichen berittenen Truppen angedockt war, verhielt sich gegenüber dem maßlosen Getöse ungemein zurückhaltend. Ganz langsam wurden die Demonstranten abgedrängt, was eine Stunde in Anspruch nahm, so daß in der zwölften Stunde der Wittenbergplatz wieder frei war.

Nach dem Abdrängen formierten sich allerdings die nationalsozialistischen Kolonnen in der Ansbacher Straße zu einem geschlossenen Zug. Der Zug wurde gestern abend vorwiegend von berittener Polizei begleitet. Unersichtlicherweise ließ man den Zug aber um die Kaiser-Wilhelm-Bachmistrische herum und über den Kurfürstendam. Hier kam es kurz nach 11 Uhr zu den ersten Zusammenstoß mit der Polizei, wobei berittene Polizei die Louengienstraße und die Warburger Straße mit dem Gummitruppel säubern mußte. Um Mitternacht beruhigte sich die Lage in der Gegend des Zoologischen Gartens. Die Demonstranten marschierten nach Charlottenburg und Wilmersdorf ab.

### Fabricius zwangsgestellt.

Im Laufe des Abends wurde eine große Anzahl von Personen wegen Beschimpfung von Beamten, Widerstands und sonstiger Störungen festgenommen. Unter ihnen befindet sich auch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Fabricius, ehemals Regierungsrat im Finanzamt.

Im neugewählten Danziger Volkstag sieden die Nazis mit ihrem Anspruch auf den Posten des ersten Präsidenten durch; gewählt wurde der Sozialdemokrat Gehl mit 34 von 63 abgegebenen Stimmen; erster Vizepräsident ist Wnuck (Ratsoz.); zweiter Galtowski (Zentrum).

Rygow ist von seinem Urlaub wieder ins Amt als Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten zurückgekehrt.

## Keine Hoffnung auf Amerika!

Washington erklärt: Keine Neuregelung der interalliierten Schuldenfrage.

Washington, 9. Dezember.

In hoher Regierungskreise nahm man heute Veranlassung, die zahlreichen Dementis, die das Staatsdepartement in den letzten beiden Wochen auszugeben gezwungen war, durch eine Neuherung des Unwillens über die verschiedenen Weltbeglückungspläne unserer Freunde in Europa nachdrücklich zu unterstützen.

Mit Emphase wurde erklärt, daß man keineswegs beabsichtige, die Verwendung der alliierten Schuldenzahlungen neu zu regeln, sondern an dem Programm festhalte, wonach die Zahlungen zur Abtragung der öffentlichen Schuld und zur Ermäßigung der Steuerlast des amerikanischen Volkes benutzt werden sollen.

In der Behauptung, daß die amerikanische Regierung in Verhandlungen stehe, um eine Konferenz über einen Konsultativpakt oder über die Freiheit der Meere oder über eine Verpflichtung zu kriegerischen oder friedensfördernden Maßnahmen oder ähnlichem einzuberufen, sei, so wurde betont, kein Funken Wahrheit. Es bestehe nicht der geringste Grund zu der Annahme, daß Amerika sich mit Frankreich zur Aufrechterhaltung eines Finanzblocks gegen irgendein anderes Land verbündet habe.

Alle diese Ideen würden dem amerikanischen Volk und dem amerikanischen Publikum gewissermaßen als Versuchsballeons von Europa vorgelegt und die amerikanischen Behörden müßten einen großen Teil ihrer Zeit darauf verwenden, diese Melodien zu dementieren. Deswegen sei es jetzt an der Zeit, diesen Gerüchten in Dausch und Bogen den Garaus zu machen.

Mit einer an Brutalität grenzenden Eindeutigkeit macht Amerika all denen einen Strich durch die Rechnung, die von einer baldigen Revision des Young-Planes träumten, oder die aus Gründen der Börsenspekulation den Eindruck zu erwecken versuchten, als denke man in Amerika ernsthaft daran, eine Revision zu erleichtern.

Die „hohe Regierungsstelle“ ist eine Umschreibung für Präsident Hoover oder für seinen Staatssekretär Stimson, die anfänglich der üblichen Presseempfang bei wichtigen Gelegenheiten solche Erklärungen persönlich abgeben.

Eine Revision des Young-Planes ist ausgeschlossen, solange die Vereinigten Staaten, die den größten Teil der deutschen Zahlungen erhalten, eine Neuregelung der interalliierten Kriegsschulden ablehnen. Und es war vorauszusetzen, daß in dieser Zeit, in der die Vereinigten Staaten acht bis zehn Millionen Arbeitslose haben und auch sonst die schwerste Wirtschaftskrise seit Kriegsende durchmachen, die Neigung zu Ermäßigungen, die sich in erhöhte Steuern für

die eigenen Bürger auswirken würden, auf den Nullpunkt sinken würde.

### Auch Laval kommt nicht vorwärts.

Paris, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Laval hat den ganzen Dienstag über seine Bemühungen um die Bildung eines neuen Kabinetts fortgesetzt, ist aber seinem Ziel nicht um einen Schritt näher gekommen. Am Mittwoch will er eine Erklärung über seine Verhandlungen abgeben.

In den Kreisen der Rechten schreibt man Laval die Absicht zu, unter allen Umständen ein Kabinett bilden zu wollen, und zwar selbst wenn er auf die Mitwirkung der Radikalen verzichten müßte.

## Der Gnaden-Handel.

Krylenko



Krylenko: „Erschreckt nicht über das Gebrüll da draußen! Unser Handel bleibt bestehen: Ihr habt auf gestanden und werdet dafür gestand-rechtlich begnadigt!“







Mensch in einer Peshöhle. Kulturbild aus der Brandenburgischen Ostmark. (Telegrammbericht unseres Sonderkorrespondenten.)

Frankfurt a. D., 9. Dezember.

Für Frankfurt a. D. war der Sensationsprozess gegen den reichen Bauern Grundemann und seinem Schwager Höhnle ein noch nicht dagewesenes Ereignis.

Es erregte bekanntlich größtes Aufsehen, als man durch Zufall darauf kam, daß Grundemann seinen Bruder fünfundzwanzig gehalten hat, so daß er wahnsinnig wurde.

Die Verhandlung beginnt mit der Aussage des angeklagten Gutsbesizers Ferdinand Grundemann. Seiner Darstellung nach ist der geistesranke Bruder bereits seit seinem vierten Lebensjahre umnachtet gewesen.

Vors.: Die Stube, in der Ihr Bruder hauste, soll aber nicht sehr schön gewesen sein und außerdem heißt es, daß Sie Ihren Bruder auch geschlagen haben?

Vors.: Was hat Ihr Bruder denn zum Essen bekommen? Grundemann: Was wir gegessen haben.

Essen in Gärung vorgefunden, Exkremente lagen in der Stube umher, alles starrte vor Schmutz

und die Fenster waren einfach nicht zu öffnen. Es herrschte eine unerträgliche Stille. Grundemann reitet sich in ein absolutes Bestreiten dieser Tatsache und bezeichnet alle diese Beschuldigungen als Lüge.

Ich schleie auch alle mit dem Jagdgewehr über den Hausen.

Nach als er abgeführt wurde, hat er wild um sich geschlagen. Diese Vorwürfe haben zu der Anklageerhebung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt geführt.

Friedrich Höhnle, der zweite Angeklagte, Schwager Grundemanns und amüßlich bestellter Pfleger des Geisteskranken, verliert in seiner nun folgenden Vernehmung Grundemanns stark zu entlasten.

Als nächste Zeugenvernehmungen folgen jene des Amtsoberstehers von Breesen und des Kriminalassistenten Zimmermann aus Berlin.

W. Seemann & Wöhle Unternehmer.

Des Hauswirts Ratichläge waren gut, sehr gut sogar. Sie hatten nur einen Fehler, als sie in die Wirklichkeit übertragen werden sollten, verlagten sie im wesentlichen.

Ja, zehn, zwanzig Jahre vorher wären sie ausgezeichnet gewesen. Ludwig wäre dann mit ihrer Hilfe bestimmt aus dem Schlamassel herausgekommen.

Ludwig mußte das bitter erfahren. Seine Gläubiger lachten ihn geradezu aus, als er davon sprach, sie möchten mit einer Quotierung ihrer Forderungen einverstanden sein.

Es regnete nur so von Zahlungsbefehlen; dann, als Ludwig nicht gerichtlichen Widerspruch einlegte, von Versäumnisurteilen.

Es kam zur Zwangsversteigerung. Die Werkstätte war am Termin gedrängt voller Leute. Und dennoch bewegten

gegen 9 Uhr morgens in einem unbefreiblichen Zustand vorgefunden. Es

herrschte ein pestilenzartiger Gestank, und die Fenster waren in Gesichtshöhe mit Farbe bestrichen, so daß kein Licht hereinfallen konnte.

Nach dem darauf verlesenen Augenscheinprotokoll muß der ganze Raum nichts anderes gewesen sein, als eine einzige Stätte voll Unflut.

Kriminalsekretär Richter, ein ehemaliger Chauffeur des Kaisers Wilhelm II. erklärt: „Die Fenster des Zimmers konnten nie aufgewiesen sein, denn sie waren unten verrostet und oben völlig verquollen.“

„Kommt her, ihr roten Stroche aus Berlin! Ich schleie euch nieder!“

Herr Grundemann kann zufrieden sein, daß es so abgegangen ist.“

500 Mark für eine Verleumdung. Der Nazi-Kube geht frei aus.

Wegen öffentlicher Beleidigung des Polizeipräsidenten Grzejinski hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der praktische Arzt Dr. Alfred Braun aus Bremerhaven zu verantworten.

Präsident Grzejinski, der damals preußischer Minister des Innern war, hatte im Jahre 1928 die Zeppelin-Amerikafahrt mitgemacht und war mit dem Schiff in Bremerhaven eingetroffen.

Eines Tages streift sich Herr Kube in einer Versammlung in Stettin hin und behauptet schlichtweg, daß der Minister Grzejinski bei der Ankunft in Bremerhaven vom Landrat Koch, dem Bürgermeister v. Lehe und anderen Herren empfangen und daß ihm zu Ehren ein Fest des Senats veranstaltet worden sei.

sich die abgegebenen Gebote nur auf geringer Höhe. Geradezu für ein Rosenwasser erstand der Holzhändler den riesigen Posten fertiger Fenster, Türen und Türen.

Ihre Freundlichkeit und auch die ihrer Reisenden und Vertreter, war nur Maske gewesen, die im selben Augenblick fiel, als sie von ihm nichts mehr herausquetschen konnten.

Diese Rachegeanken wirkten auf ihn wie starker Wein. Sie gaben ihm die Kraft, ohne Schaden die Folter dieses Tages zu überstehen. Sie gaben ihm auch den stahlharten Willen, aufs Neue an den Aufbau seiner Existenz zu gehen.

Von entscheidender Bedeutung war das Gutachten des Medizinalrats Heuer. Er meinte, es ist zwar sehr bedauerlich, daß ein Mensch jahrelang unter solchen Umständen hausen mußte, aber

vielfach ist es in den Irrenanstalten auch nicht anders.

Man kann dort einfach nicht jeden Kranken dauernd so beobachten, wie es nötig ist. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er also den Kranken in den beschriebenen Verhältnissen hätte weiter leben lassen, antwortete er mit einem lauten „Ja“.

Nach kurzer Beratung verkündet das Gericht folgendes Urteil: Die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse von der Anklage der gefährlichen Körperverletzung freigesprochen. Das Verfahren wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt wird eingestellt.

Der Gewährsmann für Kube gewesen zu sein, dessen Partei er nicht angehöre. Er habe Herrn Kube nur dahin informieren wollen, daß der Vorfall sich nicht in Wesermünde abgespielt habe.

einen Rechtsanwalt aus Ostendorf damals mit dem Minister verwechselt.

Tatsächlich sei dem Bürgermeister von Lehe, der magerkrank sei, im Hotel Czjzjor schlecht geworden.

Zur Sache sind mehrere Zeugen kommissarisch vernommen worden, die sämtlich bestätigt haben, daß der Minister überhaupt nicht im Hotel Czjzjor gewesen ist. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Otto Landsberg als Vertreter des ebenfalls anwesenden Nebenklägers Grzejinski wurde die Aussage eines Kellners Heere verlesen, denn der Abgeordnete Kube hatte sich darauf berufen, daß er von diesem, der Mitglied der Nationalsozialistischen Partei sei, seine Informationen habe.

schweren Choerolehung schuldig

gemacht habe. An dem behaupteten Vorwurf sei nicht ein wahres Wort. Er beantragte an Stelle einer an sich verwirkten Strafe von einem Monat Gefängnis 1000 Mark Geldstrafe.

Schadenerfah und Verdienstentgang. Außerdem habe besagter Himmelsbach das Recht, besagtem Eisermann die bisher entstandenen Gerichtskosten in voller Höhe zu überbürden.

„Wo nichts ist, hat auch der Kaiser sein Recht verloren, nicht minder die Firma Himmelsbach!“

Bahnwendend erschien Himmelsbach in Ludwigs Werkstätte. Als vorsichtiger Mitteleuropäer jedoch nicht allein, sondern in Begleitung zweier seiner Möbelpacker.

Doch, was ihm da geboten wurde, überstieg seine schlimmsten Befürchtungen. Ludwigs Werkstätte, die er das letztmal voller Betrieb und voller Arbeit gefunden hatte, gähnte ihm wie eine leere Höhle entgegen.

Himmelsbach wurde es vor Schreck ganz bitter im Munde, als er so mit Gedankenschnelle seine hundertfünfzig Ruhbaumschreibttische alias viertausendfünfhundert Mark Schadenerfah zuzüglich der recht beträchtlichen Gerichts- und Anwaltskosten durch die offene Werkstätte davonschwimmen sah.

Himmelsbach hatte noch nie eine Vorliebe für Friedhöfe gehabt, überhaupt für nichts, was tot war. (Fortf. folgt.)















Eisenpreise weichen nicht!

Verhöhung der Volkswirtschaft. — Taten, Herr Trendelenburg!

Die Besprechungen des Staatssekretärs Dr. Trendelenburg mit den Eisenleuten über die Herabsetzung der Eisenpreise haben immer noch kein sichtbares Ergebnis gehabt.

„Bezüglich des inländischen Marktes ist zu untersuchen, ob eine über die natürlichen Grenzen hinausgehende Preisentwertung eine Belebung im Gefolge haben wird.“

Peter Klödner fügte begründend hinzu, daß Deutschland keine Kredite zu erträglichen Bedingungen bekomme, daß die Händler für größere Lagerhaltung nicht mehr die Mittel besitzen und daß eine Belebung nur durch das „einzige Naturgesetz der Kapitalbildung“ (?) erfolgen könne.

Der hiesige „Wirtschaftsdienst“ veröffentlicht folgende Tabelle über die durchschnittlichen Stabeisenpreise 1913 bis 1929, die von uns teilweise für November 1930 ergänzt wurde:

Table with 6 columns: Year, Deutschland, England, Frankreich, Belgien, USA, and Antwerpen. Rows for years 1913, 1926, 1927, 1928, 1929, and Nov 1930.

Diese Tabelle zeigt, daß 1913 der deutsche Inlandspreis für Stabeisen im Vergleich zu den wichtigsten europäischen Konkurrenten, trotz der damaligen deutschen Kartellwirtschaft und Zölle, der billigste war.

Noch interessanter ist folgende Zusammenstellung, die wir einer anderen Quelle verdanken: Deutschlands Stabeisen kostete:

Table with 3 columns: Weltmarkt (Preis an Bord), Inlandspreis (ab Werk), and Spanne. Rows for Durchschnitt 1913, Juni 1930, and November 1930.

Danach hatte sich im November 1930 die Spanne, um die die deutsche Eisenindustrie das Ausland billiger belieferte als für das Inland produzierende Hersteller gegen Juni 1930 verdoppelt.

Einschränkung der Rohrzuckerzufuhr.

Werden die Weltmarktpreise steigen?

Die Amsterdamer Konferenz der japanischen und kubanischen Rohrzuckerproduzenten hat überraschenderweise, nachdem die Verhandlungen sich zu zerfallenden drohten, zu einem Ergebnis geführt.

Knapper Geldmarkt / Politische Gründe?

Der Reichsbankausweis vom 6. Dezember zeigt eine auffallend geringe Entlastung der Reichsbank. Die Wechselbestände sind entgegen der in der ersten Monatswoche sonst zu beobachtenden Entwicklung nur um 3 Mill. M. auf 2000,2 Mill. Mark zurückgegangen.

Der Umlauf von Reichsbanknoten ging um 161,7 auf 4439,6 Mill. M. zurück. Durch Goldkäufe in London stiegen die Goldbestände um 10,3 auf 2190,3 Mill. M., die Bestände an bedienungsfähigen Devisen haben sich weiter um 12,1 auf 536,9 Mill. M. erhöht.

Und wieder neue Zollpläne.

Sie dürfen nicht akzeptiert werden.

In den letzten Tagen wurde im Reichsernährungsministerium eine neue Zollvorlage vorbereitet, durch die die Zölle für Butter, Vieh, Fleisch, Holz, Eier usw. erhöht werden sollen.

Agarpolitisch sind die Pläne töricht. Die Preisbildung der Rollereiprodukte hängt nicht von der Zollsätze für Getreide ab, da die Milchzuckerbekanntlich nicht mit Gerste, sondern mit Weizen gefüttert werden.

Für Eier würde eine Zollerhöhung eine reine Demonstration bedeuten; der Eierzoll ist durch vier Handelsverträge gebunden, so daß sich eine Zollerhöhung praktisch gar nicht auswirken würde.

verträge kündigen, so würde das mit einer Ratifizierung des Genfer Abkommens unvereinbar sein und — wie schon bei der Butter — zu Zollkriegen und Boykottbewegungen führen.

Der jetzige Höchstzoll des Schweinezolls von 36 M. entspricht ungefähr der durch die Zollerhöhung erfolgten Verteuerung des Futtergetreides.

Eine Erweiterung der Beimahlungs- oder Beimischungszwangsgesetze wird ebenfalls wie die schon jetzt bestehenden Zwangsgesetze die gegenteilige Wirkung ausüben, die mit ihrer Einführung beabsichtigt ist.

Man soll endlich damit aufhören, in Zeiten des Verbrauchsrückganges vieler landwirtschaftlicher Erzeugnisse die Arbeiter und Verbraucher unnötig zu schikanieren.

Lohnabbau zur Preisentwertung nötig?

Anzulängliche Berichtigungen. — Weitere Beispiele für die falsche Unternehmerrechnung.

Am 5. Dezember haben wir an einem praktischen Beispiel aus der Automobilbranche nachgewiesen, daß eine Preisentwertung auch ohne Abbau der Löhne durchaus möglich ist.

„Es ist nicht richtig, daß die RAG sich für einen mit 308 bzw. 402 Pfennigen hergestellten Kolben 23,50 M. bezahlen läßt.“

Die übrigen von Ihnen genannten Teilepreise der RAG, beziehen sich ebenfalls sämtlich auf den 5-Tonnen-Schwerlastwagen, und ihre Festsetzungskosten sind durchweg wesentlich höher als die von Ihnen zugrunde gelegten.

Weiter führt die RAG, nun die Preise von Ersatzteilen eines 4 Zylinder-10/30-PS-Motors an, die wir weiter unten abdrucken.

Die Daimler-Benz A.-G. verlangt von uns die Aufnahme folgender Berichtigung: „Unsere Mitteilung, daß die Firma Daimler-Benz für einen Kolben 24 Mark nimmt, entspricht nicht den Tatsachen.“

Die Berichtigungen verwirren leider mehr als sie unterrichten. Wir haben weder von einem Kolben des Motors eines 5-Tonnen-Lastkraftwagens, noch von einem solchen eines Personenzugwagens gesprochen.

auf einen Kolben von 100 Millimeter Durchmesser, wie wir in unserem Artikel ausdrücklich bemerkt haben. Bei der RAG führt dieser von uns zur Grundlage unserer Berechnungen gemachte Kolben die Typenbezeichnung K. 6. Er wird sowohl bei der RAG, wie auch bei Daimler und Chevrolet für den Motor eines 2- bis 2½-Tonnen-Lastkraftwagens und bei Ford für den Motor eines Traktors verwendet.

Table comparing prices of parts for Daimler, RAG, Chevrolet, and Ford. Columns: Part name, Daimler, RAG, Chevrolet, Ford.

Die Preise, die RAG und Daimler jetzt anführen, gelten für weit schwächere Ersatzteile. Wir kehren uns deshalb genötigt, die von RAG und Daimler angeführten Preise mit denen für die etwa gleich starken Ersatzteile von Chevrolet und Ford zu vergleichen.

Table comparing prices of parts for RAG, Daimler, Chevrolet, and Ford. Columns: Part name, RAG, Daimler, Chevrolet, Ford.

Die Ersatzteile von Chevrolet und Ford sind, wie aus den obigen Angaben hervorgeht, sogar noch etwas stärker als die der Firmen RAG und Daimler. Dieser von den Firmen RAG und Daimler selbst hervorgerufene Vergleich weist aber noch größere Unterschiede in der Preisgestaltung gleichwertiger Fabrikate zwischen den deutschen Firmen RAG und Daimler und den ausländischen Firmen Chevrolet-Ford auf als in unserer ersten Tabelle.

Teure Mühlen.

Ueberhöhte Vermahlungskosten.

Der deutsche Enqueteausschuß hat jetzt eine neue Untersuchung über die Mühlenindustrie (Verlag Müller u. Sohn, Berlin) veröffentlicht. Im Hinblick auf die Kämpfe um den Brotpreis ist das Ergebnis dieser Untersuchung von größtem aktuellen Interesse.

Der Ausschuss stellt fest, daß seit den letzten Friedensjahren der Brotverbrauch je Kopf der deutschen Bevölkerung etwa um 10 bis 12 Prozent zurückgegangen ist, und dementsprechend auch die Produktionsmenge der Mühlenindustrie einen erheblichen Rückgang von 15,6 auf 12,6 Millionen Tonnen aufweist.

Natürlich nimmt der Ausschuss auch zu der viel diskutierten Notwendigkeit der Rationalisierung in der Mühlenindustrie Stellung, wobei er im Hinblick auf die Erfahrungen der Kriegswirtschaft ein Staatsmonopol als unzweckmäßig ablehnt.

legung einer Anzahl gänglich unrentabler Betriebe sei wegen gewisser Monopolgefahren nicht zu befürworten. Dagegen empfiehlt der Ausschuss einen Zusammenschluß in der Richtung, daß Produktion und Absatz in Uebereinstimmung gebracht werden, um durch die Senkung der Vermahlungskosten eine Verbilligung des Mehls zu erzielen.

Zusammenschluß Borsig-AG.

Eine neue Lokomotiv-Gemeinschaft.

In der Berliner Lokomotivindustrie ist jetzt eine neue Aktion durchgeführt worden, die für die Gesamtfrage in dieser Eisenindustrie weitgehende Folgen haben dürfte.

Die Form dieser Zusammenlegung ist dem kürzlich vollzogenen Zusammenschluß zwischen der RAG und Borsig sehr ähnlich. Die Lokomotivfabriken von Borsig und der RAG, werden aus den Stammunternehmungen herausgezogen und in eine neue Gesellschaft eingebracht.

Die Folge dieser Aktion ist, daß das neue Gemeinschaftsunternehmen Borsig-AG, nunmehr in die Spitzengruppe der Lokomotivindustrie Henschel-Schwarztopf-Krupp einreicht.



# Hans Hyan: Die weiße Taube

## Eine Gefängnisgeschichte

(Schluß.)

Ein paar Tage blieb Jelle Nummer 77 oben auf der dritten Station unbesetzt. Die Tauben kamen oft ins Fenster, aber sie fanden ihren Freund nicht. Dann legte der Hausinspektor den Gefangenen Alex Sendra in diese Zelle. Sendra war in Gemeinschaftshaft gewesen, hatte sich aber mit seinen Mitgefangenen so wenig vertragen, daß er darum bat, in Einzelhaft zu kommen. Er war ein unterlehter, kräftiger Mensch mit einem grauen Gesicht und Augen, die wie die eines Bestorbenen ausahen. Die mit ihm solange in der Schneiderwerkstatt gearbeitet hatten, behaupteten, er habe den „bösen Blick“ und könne einem was anhaben. Uebrigens war sein Benehmen in der Anstalt sonst musterhaft, er gehörte zur ersten Strafvollzugsstufe. Pfarrer Wäntig schätzte ihn sehr, aber der Hauptlehrer Dalbermann sagte zum Direktor gelegentlich einer Konferenz: er begreife diese Vorliebe des Herrn Pfarrers nicht, ihm löfse Sendra immer eine Art Frauen ein. Und als sich Dr. Munter darauf die Akten des Gefangenen kommen ließ und sie mit dem Hauptlehrer zusammen noch einmal durchstudierte — Alex Sendra sah auch schon vier Jahre! — da fanden sie ihr Mißtrauen gegen den ehemaligen Stationsassistenten Sendra voll erklärt. Im Urteil stand: Der Angeklagte wird zu acht Jahren Gefängnis verurteilt wegen schwerer Erpressung im wiederholten Rückfall. Und in der Begründung stand: Alex Sendra hätte eine alte Frau langsam zu Tode gequält und es verstanden, immer von neuem Geldzuwendungen von ihr zu erpressen. Die Verstorbenen, die mit abgöttischer Liebe an ihren im Tod vorausgegangenen Verwandten gehalten haben, hätte ihr Leben ganz mit dem Kultus der Bräutigam und ihres Andenkens zugebracht. Alex Sendra, der sie häufig besuchte und ihr immer Tröstel zugesprochen habe, hätte sich in Abwesenheit der Dame mittels Nachschlüssel zu ihrer Wohnung Zutritt verschafft und hätte nun durch raffinierte bösartige Veränderungen innerhalb der Wohnung der vielleicht schon kopfschwachen Frau suggeriert, was für Sendra zum Vorteil war. Wollte sie eine seiner Geldforderungen oder Anleihen nicht bewilligen, so fand sie beim Nachhausekommen das Porträt ihres Mannes mit der Rückseite der Wand zugekehrt. Oder eines der vielen Andenken, die sie zärtlich liebte, war entzwei geflochten oder verschunden. Als schließlich das nicht große Vermögen der so Erpressen verbrauchte war und die Frau die Forderungen des Verbrechers einfach nicht mehr erfüllen konnte, da heulte und ängstigte er die Bergweilende durch immer neue Bitten aus dem Geistesreich buchstäblich in den Tod. Man fand die alte Dame erhängt an der Klinke der Badezimmertür.

„Sehen Sie, Herr Direktor,“ sagte der Hauptlehrer, „da ist wieder mal einer, wie es in der Schrift heißt, böse von Jugend auf. Sie meinen ja immer, in jeder Seele wäre ein Keim, den man nur pflügen müßte mit ernster Güte, um wieder einen Menschen aus ihm zu machen. Glauben Sie das von dem Alex Sendra auch?“

Dr. Munter nickte mehrmals.

„Ja! Ein Brunnen, und wenn er noch so verschüttelt ist, er bleibt immer eine Quelle! Man muß nur Schutt und Unrat wegräumen, um wieder zu gutem und frischem Wasser zu kommen.“

Die beiden Herren konnten sich darüber heute wie auch sonst nicht einigen. Das war ein ewiger Streitpunkt, und Pfarrer Wäntig stand ganz auf des Anstaltsleiters Seite. Er wollte auch gleich an diesem Tage noch einmal nach der dritten Station zur Nummer 77 hinaufgehen. Aber das vergaß der kleine, alte Mann mit dem schlohweißen Haarhock. Er hatte drüben in der Frauenabteilung zu tun, wo eine Kranke nach seinem Beistand verlangte.

Und wie der Abend über diesem schönen und klaren Herbsttag hereinbrach, da lag die schöne zahme Silberterche an das Fenster von Zelle 77, trippelte von dem Mauerfraz durch das Gitter und ließ sich mit sanfter Schwung auf den weißen Kiefernholztisch nieder, an dem Alex Sendra, der eben seine Schneiderarbeit fortgesetzt hatte, saß und die Wand anstarrte. Erstaunt, ja, fast erschrocken, sah er den weißen Friedensboten vor sich über den Tisch schreiten. Dann glom ein trübes Licht im Auge des vierzigjährigen Mannes auf. Er griff nach der Taube, die sich ihm nicht entzog. Wohl irrte das Tier, daß es nicht die schlanke, weiße und so behutame Künstlerhand seines Freundes war, die es um die Schwinge schloß; aber das kleine Herz unter dem schimmernden Gefieder ging deshalb nicht schneller. Das Vertrauen des Tieres in die Güte des Menschen war zu groß, es konnte nicht einmal ermeinen, daß es ja, in Sekundenfristigkeit der Tod mit eisernem Griff sein Leben löschte. . . Alex Sendra drehte der weißen Taube kaltblütig den Kopf ab. Dann verstaute er sie unter den alten Schupoanzügen, die er ausbessern mußte, reinigte den Tisch von der purpurnen Farbe des Taubenblutes, klappte sein eisernes Gurtenteil herunter und legte sich nieder.

Und kaum hatte die erste Nachtwache ihre Runde gemacht, so jederte er die Silberterche mit geschickten Fingern ab, wobei er auch die kleinste Daune in seine graue Arbeitsschürze sammelte; dann jündete er verbotenerweise den Gashahn in seiner Zelle an, goß Wasser in seine Waschkübel und löschte die Taube über der Gasflamme. Er aß mit Heißhunger, zerbrach mit seinen Wolfszähnen die Knochen und sog das Mark heraus. Selbst den Schädel öffnete er, um das Hirnchen zu leden, und schloß dann tief und traumlos, ohne die geringste Spur eines bösen Gewissens.

Am nächsten Tage gelang es ihm bei der Arbeitsabfertigung, die Reste des verzehrten Vogels in Papier gewickelt in eine Hofede zu werfen, wo sie von einem der Kalfaktoren gefunden wurden. Tags darauf trat nachmittags um 3 Uhr, wo der Stationsaufseher kein Mittagschlöfchen hielt, der Kalfaktor Bromme in die Zelle des Schneiders.

„Du wunderst dir wohl, wie id bei dich rintomme? — Aber darüber brauchst du dir nich 'n Kopf zu zerbrechen. Ich wollte mir bloß mal erkundigen, wat du mit die Taube gemacht hast. . . nur die weiße Taube von Max Weinbaum?“

Unschweren Blicks, aber mit der unerhörten Frechheit des gewohntenmäßigen Pressers auf dem Gesicht suchte Sendra die Abscheu.

„Wenn du nicht rausgehst, klingel ich nach dem Aufseher!“

Der andere, ein gewaltiger Mensch, früher Kahnfahrer, der Güter veruntreut hatte, schob seinen Prim von einem Rundwinkel in den anderen:

„Wenn du noch einmal so'n Ton verzappst, denn rennst gegen die Kloppe!“ Und er zeigte die braune Seemannsjacke, die ausnahmsweise die Klause eines großen Affen: „Aber id will mir bei dir nicht uffhalten. Von morgen an kriegst teen Mittag, del heest, der Kalfaktor schütt dir nicht in dein Rapp! Und wenn de wat sagst oder reißt einen an, denn kommen wir abends, wenn der Nachtwache weg ist, und holen dir über! Der Arbeiterrat hat dir vorläufig vier Wochen Koffschmälzung zubüßert. Du kriegst morgens und abends ein Stüke Brot und deine Märre (Kaffee). Wasser kannste kaufen, fapfel de willst.“

Der wichtige Gefelle mit seinen schweren Schuhen verschwand wie ein Schatten aus der Zelle. Von diesem Tage an begann ein Duderleben für Alex Sendra. Beim Spaziergang im Gefängnis trat die Hintermänner ihm die Hüfte entzwei. In seiner Wairage

stekten Dugende von Radeln. Sein Essen, als er nach vier Wochen wieder die warme Kost hatte, enthielt alle möglichen Widrigkeiten. Und das schlimmste vom Schlimmen war, daß keiner, aber auch keiner von den Gefangenen mehr ein Wort mit ihm wechselte. Sendra war immer ein verschwiegener, verlockter, heimtückischer und bössartiger Gefelle gewesen; aber dieses Gemühen- und Ausgestohensein selbst aus der Gesellschaft der Geschickten und Berentmen, das ertrag er nicht. Er ließ sich eines Tages beim Direktor vormelden, gestand ihm alles, trug die gerechte Strafe, die in 7 Tagen Dunkelarrest bei Wasser und Brot bestand, und erreichte, daß er in eine andere Anstalt übergeführt wurde.

Und dennoch war es, als wenn der Schatten des armen geblöten Vogels über seinem Haupte schwebte. Auch bis in das Gefängnis, in das man ihn jetzt verbracht, drang die Kunde von seiner Schändlichkeit. Die Aufseher waren ihm gram, der Direktor und Lehrer ließen sich von ihm nicht sprechen und die Gefangenen zeigten mit Fingern auf ihn. Eines Morgens fand man ihn erhängt in seiner Zelle.

## Medien plaudern aus der Schule

In der fast unübersehbaren spiritistischen Literatur gibt es eine Gruppe von Büchern, von denen die Spiritisten selbst nicht gern etwas hören, die aber besonders aufschlußreich sind. Das sind die persönlichen Bekenntnisse, in denen Medien aus der Schule plaudern. Solcher Werke gibt es, wie Graf v. Rintowstrom in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ ausführlich, in ganzen taun zehn, die sämtlich in englischer Sprache erschienen sind. Diese Enthüllungsschriften gewähren einen tiefen Einblick in die Tricks und Betrügereien der Medien und in die „nicht alle werdende Dummheit“ ihrer gläubigen Gemeinde. Fast alle diese Schwindler stimmen darin überein, daß die Gläubigen kinderleicht hinter das Licht zu führen sind. Wenn sie das einmal — meist zum Spaß — versucht haben und ihnen der Betrug über Erwarten gut glückt, dann werden sie auf dieser Bahn immer weiter gedrängt und schließlich zu Berufsbetrügnern. So war es schon bei den ersten Medien, den Schwestern Fox, die 1848 als Badische zu Hypessville in den Vereinigten Staaten auftraten; als sie 40 Jahre später in öffentlichen Vorträgen die Natürlichkeit ihrer „Wunder“ enthüllten, fanden sie bei ihren Anhängern keinen Glauben.

Die erste Bekenntnisschrift eines Mediums ist die von Alfred F. Irman, der zwar nicht selbst seine Arbeitsweise darstellte, aber von seinem langjährigen Gehilfen Chapman entlarvt wurde.

# Der Befreier Südamerikas

## Zum 100. Todestag von Simon Bolivar

Was George Washington für den Norden der Neuen Welt, war Simon Bolivar unter größeren Gefahren, erbitterteren Kämpfen, schimmernden Enttäuschungen für Südamerika; wie kaum einer hat er den Ehrentitel „El Libertador“ verdient, den ihm Volk und Heer zuriefen. Der Größe seiner Leistung entspricht die seiner Persönlichkeit; Sproß einer vornehmen Familie, reich und frühzeitig unabhängig, verschmähte er die Lockungen einer glänzenden Laufbahn, um seiner Idee zu dienen. Von diesem Glauben an die Freiheit, die von Jugend an seine Göttin war, konnten ihn weder Niederlagen, Enttäuschungen noch Verrat abbringen. Den Degen legte er aus der Hand, um den Staat einzurichten; er war, nach den Worten von Unamuno, „einer der größten Helden, in denen sich die Seele der Hispania Mexima offenbart“. Spanien selbst, das ihm doch den Verlust eines reichen Koloniallandes zuschreiben hat, errichtet ihm heute Denkmäler; es zählt Bolivar zu seinen Söhnen, und die Kulturgesellschaft mit Lateinamerika hat die Erinnerung an den klugen Waffengang längst ausgelöscht.

Dem sechszehnjährigen Bolivar, der 1783 in Caracas geboren war, starben Vater und Mutter. Ueber Nacht war er der Erbe eines großen Vermögens geworden. Die Bolivars saßen seit der Eroberung der Neuen Welt in Venezuela und gehörten zu den angesehensten Familien Neu-Spaniens. Der Lehrer seiner Jugend schloß ihm jenen inbrünstigen Glauben an die Freiheit ein, der seinem Leben das große Ziel steckte. Mit sechzehn Jahren wurde Bolivar, wie alle jungen Leute von Stand, nach Spanien geschickt; unterwegs empfing ihn der Vizekönig von Mexiko, der die tempelbauartigen Ueberlieferungen des Jünglings über die französische Revolution so über vermehrte, daß er die Behörden im Mutterland von diesem unerwünschten Besuch in Kenntnis setzte. Als Bolivar eines Tages bei Madrid spazieren ritt, hielten ihn zwei Polizisten an, die ihn angeblich nach geschmuggelten Diamanten durchsuchen wollten. Dagegen bäumte sich kein spanischer Stolz auf. „Niemals!“ rief er und zog einen Revolver, „niemals werde ich einem Polizisten erlauben, Bolivar zu berühren!“ Die Höfcher zogen sich zurück, aber am nächsten Morgen hatte Bolivar den Ausweisungsbefehl in den Händen. Er begab sich nach Frankreich, wie er sagte, glücklich darüber, die Schönheiten eines republikanischen Landes bewundern zu dürfen. Aber es hielt ihn nicht lange dort. In Spanien hatte er zarte Bande angeknüpft. Kaum 19 Jahre alt, heiratete er und begab sich auf seine Güter nach Venezuela. Fünf Monate nach der Hochzeit starb ihm die Frau, und Bolivar, bis ins Mark getroffen, suchte auf Reisen zu vergehen. Nach Frankreich zurückgekehrt, erkannte er mit Entsetzen, was dort aus der Republik geworden war. Sein Abgott Bonaparte hatte sich die Kaiserkrone aufgesetzt, und Bolivar war darüber so erbittert, daß er die Einladung zur Krönungsfeier ausschlug und sich während des ganzen festlichen Tages in seinem Zimmer einschloß.

An diesem Wendepunkt seines Lebens lernte er Alexander von Humboldt kennen, der Südamerika bereist und die Geschichte der spanischen Kolonien gründlich studiert hatte. Von ihm empfing Bolivar die Ueberzeugung, daß für Südamerika die Stunde der Unabhängigkeit geschlagen habe. Der Weg lag nun offen vor ihm. Zunächst begab er sich nach den Vereinigten Staaten, um das Werk seines großen Vorbildes Washington zu studieren. Vier Jahre lang wartete er ungeduldig auf die große Gelegenheit. Sie kam mit Napoleons Einfall in Spanien. Der Krieg auf der Pyrenäenhalbinsel löste den Unabhängigkeitskampf in Südamerika aus. Bolivar kommandierte damals eins der Infanterieregimenter, die kurz vorher für den künftigen Kampf gegen Spanien aufgestellt worden waren. Die Aufständischen, die ihre Kräfte nicht überschätzten, wollten sich auf einem Umweg Englands versichern und schickten Bolivar nach London, zunächst nur mit dem Auftrag, die Engländer zu bewegen, gemeinsam mit den Truppen in den spanischen Kolonien einen wahr-

Dieser schilderte 1882 eingehend die raffinierte Betrugstechnik Firmans, der unter denselben „Bedingungen“ arbeitete, die noch heute in spiritistischen Sitzungen gang und gäbe sind. Aus dem nächsten Jahre stammt die Aufklärungsschrift „Die Rehrseite der Medaille“ von John W. Truesdell. Dieses „Privatmedium“ bedi viele Tricks auf, namentlich die seinerzeit beliebten Entfesselungskünste, die jetzt aus der Mode gekommen sind. Damals mußte ein Medium noch, wenn es auf der Höhe sein wollte, sich alle möglichen Angaben verschaffen, um den Besuchern zutreffende Mitteilung aus dem Jenseits machen zu können. In Amerika war ein ganzes System dafür eingerichtet, und eine Zentrale verfolgte die organisierten Medien mit ausführlichen Nachrichten, worüber H. Carrington 1907 näheres mitgeteilt hat.

Ein anderes Werk dieser Art, die 1891 anonym erschienenen „Enthüllungen eines spiritistischen Mediums“, sind 1922 in einem Neudruck erschienen. Der Verfasser, hinter dem man das Medium Donovan vermutet, erzählt aus seiner 20jährigen erfolgreichen Tätigkeit allerlei Geheimnisse und kommt zu dem Schluß, daß sich ein einmal überzeugter Spiritist auch die größten Dinge bieten läßt, ohne stuhig zu werden. „Leute, die an den Spiritismus glauben, sind es selbst, die jedem kleinsten Ereignis während der Sitzungen eine übernatürliche Bedeutung zuschreiben“, erklärt ein anderes Medium Frederick Tansley Kunnings, und schreibt es daher, daß ihm seine Tricks immer gelingen. Die Enthüllungen eines Mediums der neuesten Zeit, nämlich von Karl Kraus, mit dem Freiherr v. Schrenk-Noring arbeitete, sind bisher nicht veröffentlicht, da interessierte Kreise dies verhindern. Man weiß aber, daß auch in diesen Angaben genau mitgeteilt wird, auf welche Weise alle die wunderbaren Phänomene ganz natürlich herbeigeführt wurden.

Was ist ein Millimikron? So wie die Astronomie mit immer größeren Zahlen rechnet, so hat die Mikroskopie mit immer kleineren Einheiten zu tun. Deshalb ist der Millimeter längst durch sein tausendstes Teil, das Mikron, verdrängt worden. Aber auch das Mikron ist zu einem industriellen Maß geworden, jede Automobilfabrik arbeitet schon auf ein Mikron Genauigkeit. Die Wissenschaft bedient sich bereits des Millimikrons, des millionsten Teiles des Millimeters. Hier schloß die Verfeinerung eine Grenze erreicht zu haben. Aber die neueste Entwicklung der Mikroskopie, das Lumineszenzmikroskop und die neuen Färbungsverfahren, lassen vermuten, daß man das Millimikron wird weiter aufteilen müssen.

Ein Esperanto-Turm. Wie der Turm zu Babel die Sprachverwirrung anzeigte, so soll ein Turm, der jetzt von der Esperanto-Gesellschaft der bulgarischen Stadt Rahow errichtet wird, als Sinnbild der Sprachreinigung in die Rüste ragen. Der Magistrat von Rahow hat der Esperanto-Gesellschaft eine mitten in der Donau gelegene Insel geschenkt, die eine Oberfläche von 200 Hektar hat und den Namen Esperanto erhält. Hier wird die Gesellschaft im Mittelpunkt einen Turm aus Metall errichten, der von einem großen grünen Stern bekrönt ist. Dieser trägt die weithin sichtbare Inschrift: „Esperanto, die Weltsprache.“

schleunigen Einfall der Franzosen zu verhindern. Napoleons großer Feind an der Themse griff mit beiden Händen zu; aber Spanien, das die Gefahren einer Zusammenarbeit mit den Aufständischen erkannte, lehnte ab.

Die Ereignisse übertrugen sich nun. Bolivar bestimmt den alten General Miranda, sich an die Spitze einer Unabhängigkeitsbewegung zu stellen, und eröffnet mit ihm den Kampf. Im Dezember 1810 wird Venezuelas Unabhängigkeit proklamiert. Auf dem Vormarsch sieht sich Bolivars Truppe durch ein Erdbeben aufgehalten, in dem die abergläubischen Soldaten eine Warnung des Himmels vor ihrem hochverräterischen Unternehmen erblickten. Es ist bezeichnend, wie Bolivar dieses unerwartete Hindernis besiegelt. „Wenn die Natur gegen uns ist“, ruft er seinen Soldaten zu, „so werden wir eben auch die Natur zwingen müssen.“ Aber dieses Selbstvertrauen ist zunächst noch nicht gerechtfertigt. Vorläufig bleibt der spanische General Monteverde siegreich und kann sogar sogar nach und nach Venezuela zurückerobern. Bolivar gelingt es gerade noch, nach Curacao zu entfliehen. Aber ungedrohenen Mutes sammelt er die Aufständischen von neuem. Er verlangt einheitliche Führung, die General Cobolet anvertraut wird, einem Mann, der auf Bolivar eifersüchtig ist und ihn in den Hintergrund zu drängen sucht. Aber Bolivar weiß sich zur Wehre zu legen. Er schiffet sich mit 200 Mann ein und erobert im Handstreich Teneriffa. Sein Siegeslauf hat begonnen. Er schlägt die Spanier vernichtend bei Chiriquana, nimmt ihnen Kriegsschiffe, Kanonen und Geschwehre. Er ist der siegreiche Führer geworden, dem alles gelingt. Er wendet sich nach seiner Heimat Venezuela, das er teilweise in die Hand bekommt. Jubel des Volkes umdrängt ihn. Der dreißigjährige General Bolivar verliert darüber den klaren Blick nicht; der Soldat verwandelt sich in einen Staatsmann. Unter den Augen des Feindes verkündet er die Handelsfreiheit, zieht die Fremden ins Land und bereitet eine Verfassung vor. Inzwischen hat sich Monteverde wieder erholt und greift von neuem an; aber Bolivar schlägt ihn, erobert Caracas und wird als Befreier Venezuelas begrüßt.

Wahrschallige Jahre folgen. Man überträgt Bolivar die Zivil- und Militär Gewalt. Er wird von den Spaniern gefangen; nimmt ihnen aber neue Provinzen ab. Er muß sich nach Jamaica einschiffen, aber er kommt bald darauf wieder. Als Oberhaupt der Republik Venezuelas beruft er einen Kongress, organisiert die Regierung, läßt sich in Angostura zum Präsidenten mit unumschränkter Gewalt ernennen, führt das Heer über die Nordküsten nach Neugranada, befreit dieses in zwei großen Schlachten und vereint Venezuela und Neugranada zur Republik Columbia unter seiner Präsidentschaft. Aber der Krieg ist noch nicht zu Ende. Wieder schlägt er die Spanier, verjagt sie aus Nieder- und Oberperu und macht aus diesem einen neuen Staat, der seinen Namen trägt: Kolumbien. Dort wird er Diktator, aber im Jahr darauf verläßt er sein Amt mit der Präsidentschaft Columbiens. Sein Republikanismus ist nicht mehr ganz einwandfrei. Unzufriedenheit gegen sein unumschränktes Regime erhebt sich, es gibt Beschwerden, die er im Blut ersticht. In Peru läßt er sich zum lebenslänglichen Präsidenten wählen. Da er dem Kongress von Bolivien eine wenig republikanische Verfassung aufdrängen will, in Columbia die Pressefreiheit unterdrückt, beschuldigte man ihn monarchistischer Pläne Peru und Venezuela sahen sich von der Columbianischen Union los, und Bolivar dankt am 27. April 1827 ab. Acht Monate später tritt er, 47 Jahre alt, in Santa Marta, Südamerikas Geschichte ist mit Parteilichenschaft geschrieben. Sie sind ihren großen Männern erst nach dem Tode den Platz im Pantheon anweisen. Hundert Jahre später feiert Südamerika, wieder von Revolutionen und Aufwühlbewegungen heimgeführt, Simon Bolivar, den Befreier.

Friedrich Berka.